

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

<b>17. Jahrgang</b>	Ausgegeben zu Düsseldorf am 3. Dezember 1964	<b>Nummer 151</b>
---------------------	--	-------------------

## Inhalt

### I.

**Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
<b>23212</b>	17. 11. 1964	RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten Bauaufsichtliche Behandlung von ein- und zweigeschossigen Gebäuden aus vorgefertigten Wand- und Deckentafeln (Fertighäuser); hier: Fertighausverzeichnis . . . . .	1792
<b>2324</b> <b>23237</b>	17. 11. 1964	RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten Prüfzeichenpflichtige Baustoffe und Bauteile; hier: Holzschutzmittelverzeichnis . . . . .	1793
<b>641</b>	17. 11. 1964	RdErl. d. Finanzministers Abwicklung von Forderungen des Landes . . . . .	1793

### II.

**Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

Datum		Seite
	<b>Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten</b>	
15. 11. 1964	Bek. — Jahresabschluß der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen für das Geschäftsjahr 1963; hier: Jahresbilanz zum 31. Dezember 1963. . . . .	1794/95
	<b>Notiz</b>	
17. 11. 1964	Erteilung der vorläufigen konsularischen Zulassung an den Generalkonsul der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien, Herrn Habib Jousfi . . . . .	1800
	<b>Hinweis</b>	
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen. Nr. 22 v. 15. 11. 1964 . . . . .	1800

## I.

23212

**Bauaufsichtliche Behandlung von ein- und zweigeschossigen Gebäuden aus vorgefertigten Wand- und Deckentafeln (Fertighäuser);  
hier: Fertighausverzeichnis**

RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 17. 11. 1964 —  
II A 1 — 2.132 Nr. 2000/64

In der Anlage des RdErl. v. 30. 1. 1964 (MBL NW. S. 202/SMBl. NW. 23212) habe ich die bis zum Januar 1964 erschienenen Fertighausverzeichnisse bekanntgegeben. Inzwischen sind weitere Fertighausverzeichnisse erschienen, die ich hiermit bekanntgebe.

Heft-Nr.	Bezeichnung	Hersteller
15	Prefab-Fertighaus	Prefab Hausbau GmbH. Gesellschaft zur Auswertung rationeller Baumethoden 8 München, Theresienhöhe 8/11  Josef Fischer Holzwerk 8496 Lam Bayer. Wald
16	Stex-Fertighaus	STEX-Svensk-Trähusexport- Förening — Schwedischer Holz- haus-Exportverband Linnegatan 78, Stockholm/Schweden
17	Fertighaus Betonwerk Niedersachsen	Betonwerk Niedersachsen GmbH. 3 Hannover-Badenstedt, Empelder Straße 124
18	Finnjark-Haus	Rakentajain Puusepät Oy Lohja Omarakenneoy Helsinki
19	Hummel- Fertighaus	Hummel-Eigenheimbau Werner Harder KG. 2254 Friedrichstadt/Eider
20	Hartl-Fertighaus	Wenzl Hartl Holzkonstruktions- u. Baugesell- schaft Wien XIX, Sieveringer Straße 2
21	Hebel-Haus	Gasbetonwerk Josef Hebel GmbH. 8080 Emmering bei Fürstenfeld- bruck
22	Fehag-Fertighaus	Fertighaus-Bau und Vertrieb I. Kuhnle - W. Hartmann GmbH. 3 Hannover-Kirchrode, Lange-Feld-Straße 103

Heft-Nr.	Bezeichnung	Hersteller
23	Wolff-Fertighaus	Wolff-Fertighaus GmbH. 3473 Ottbergen/Westf.
25	Puutalo-Fertighaus	PUUTALO Verkaufsvereinigung für Holz- häuser Helsinki Finnland, Mannerheimintie 9 B
26	Lubau-Fertighaus	Ludwig Bauer Bauunternehmung für Stahl- beton-, Hoch- und Tiefbau 7 Stuttgart, Neckarstraße 81
27	Tavellon- Fertighaus	Elastizell Dr. A. Sommer Bauchemie- und Baustoffgesell- schaft mbH. 2102 Hamburg-Wilhelmsburg 1, Industriestraße 125—131
28	DECOBA- Fertighaus	Josef Schmitz Holzbau, Baustoffe, Fertighäuser 5376 Nettersheim/Eifel
29	Neckermann- Komforthaus	Otto Kreibaum KG. Möbel- und Spanplattenfabrik Abt. Hausbau 3215 Lauenstein/Hannover
		Schwarzwälder OKAL-Werk 7828 Neustadt/Schwarzwald Holsteinisches OKAL-Werk 2362 Wahlstedt Krs. Segeberg
		OKAL — Berliner Spanplatten- und Türenfabrik GmbH. 1 Berlin-Borsigwalde, Miraustraße 27
		Hessisches OKAL-Werk 647 Büdingen/Oberhessen
31	Dila-Fertighaus	DILA-Werk GmbH. 1 Berlin 20 (Spandau), Staakener Straße 40
40	Geba-Fertighaus	Georg Banzhaf KG. Sägewerk, Holzhandlung, Zimmerei 7901 Beimerstetten/Württ.

Ich bitte, die Liste zu ergänzen.

An die Regierungspräsidenten,  
Landesbaubehörde Ruhr,  
unteren Bauaufsichtsbehörden.

2324

23237

**Prüfzeichenpflichtige Baustoffe und Bauteile;  
hier: Holzschutzmittelverzeichnis**

RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und  
öffentliche Arbeiten v. 17. 11. 1964 —  
II A 3 — 2.402.8 Nr. 1423/64

Nach Gruppe 5 der Tabelle zu § 1 der Verordnung über prüfzeichenpflichtige Baustoffe und Bauteile — PrüfVO — v. 12. Dezember 1962 (GV. NW. 1963 S. 1 / SGV. NW. 232) i. d. F. d. Verordnung v. 9. November 1964 (GV. NW. S. 333 / SGV. NW. 232) bedürfen Holzschutzmittel gegen Pilze oder Insekten und Feuerschutzmittel für Holz und holzartige Baustoffe eines Prüfzeichens. Der zuständige Prüfausschuß für Holzschutzmittel in Meckelfeld über Hamburg-Harburg, Höpenstraße 75 a, gibt jedes Jahr in Neuauflage ein Verzeichnis heraus, in dem die Holzschutzmittel und die Feuerschutzmittel aufgeführt sind, für die ein Prüfzeichen zugeteilt wurde. Außerdem enthält es ein Anschriftenverzeichnis der Hersteller- und Lieferfirmen und ein Merkblatt für den Umgang mit Holzschutzmitteln.

Das Holzschutzmittelverzeichnis kann durch den vorgenannten Prüfausschuß gegen Erstattung der Druck- und Versandkosten bezogen werden. Zur Zeit liegt die 20. Auflage des Verzeichnisses mit Stand vom 1. 4. 1964 vor.

Den RdErl. v. 11. 10. 1951 (MBI. NW. S. 1225 / SMI. NW. 23237) hebe ich auf.

An die Regierungspräsidenten,  
Landesbaubehörde Ruhr,  
unteren Bauaufsichtsbehörden,  
staatlichen Bauverwaltungen,  
Bauverwaltungen der Gemeinden  
und Gemeindeverbände.

— MBI. NW. 1964 S. 1793.

641

**Abwicklung von Forderungen des Landes**

RdErl. d. Finanzministers v. 17. 11. 1964 —  
VS 2700 — 3155/64 — III B 1

Zur Vereinfachung der Abwicklung der für seinen Geschäftsbereich verwalteten Forderungen des Landes hat der Innenminister durch den RdErl. v. 10. 8. 1964 (SMI. NW. 6300) die Übertragung von Befugnissen auf die Regierungspräsidenten und andere ihm nachgeordnete Behörden zusammenfassend neu geregelt.

Um im Geschäftsablauf bei den Regierungspräsidenten und den Oberfinanzdirektionen auf diesem Gebiet eine wirksame Erleichterung zu erzielen, erkläre ich mich mit der Anwendung des Runderlasses auch auf die von Ihnen im Rahmen des Einzelplans 12 und des Einzelplans 14, soweit hierfür meine Zuständigkeit gegeben ist, verwalteten Darlehnsforderungen einverstanden.

Dieser RdErl. tritt an die Stelle des nicht veröffentlichten Erlasses v. 27. 10. 1964 — VS 2700—2864/64 — III B 1 —.

An die Regierungspräsidenten,  
Oberfinanzdirektionen.

— MBI. NW. 1964 S. 1793.

**II**  
**Jahresabschluß der Wohnungswirtschaft**  
**des Landes Nordrhein-Westfalen**  
**für das Geschäftsjahr 1963**  
**Jahresbilanz zum 31. Dezember 1963**

Aktiva		DM	DM
<b>1. Langfristige Ausleihungen</b>			
a) Hypotheken . . . . .		5 186 196 728,45	
b) Kommunaldarlehen und kommunalverbürgte Darlehen . . . . .		119 965 345,13	
c) sonstige Darlehen . . . . .		83 051 167,31	
d) an Kreditinstitute . . . . .		143 688 510,94	5 532 901 751,83
<b>2. Wertpapiere</b>			
a) Anleihen, Schuldbuchforderungen, Schatzanweisungen und Schatzwechsel des Bundes und der Länder . . . . .		188 583,33	
b) sonstige Wertpapiere . . . . .		171 732 369,97	171 920 953,30
<b>3. Kassenbestand einschließlich Bundesbank- und Postscheckguthaben . . . . .</b>			774 981,31
<b>4. Guthaben bei Kreditinstituten</b>			
a) täglich fällig . . . . .		109 359 832,70	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigung unter 3 Monaten . . . . .		115 000 000,—	
c) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigung von 3 Monaten bis unter 6 Monaten . . . . .		260 000 000,—	
d) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigung von 6 Monaten bis unter 4 Jahren . . . . .		692 000 000,—	1 176 359 832,70
<b>5. Schecks und Wechsel . . . . .</b>			8 326,62
<b>6. Kurz- und mittelfristige Forderungen</b>			
a) Land Nordrhein-Westfalen . . . . .		47 482 930,85	
b) Kreditinstitute . . . . .		55 000 000,—	
c) sonstige . . . . .		13 215 939,28	115 698 870,13
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren DM —,—			
<b>7. Verwaltungskostenbeiträge und Zinsen von langfristigen Ausleihungen</b>			
a) anteilige Verwaltungskostenbeiträge und Zinsen von			
aa) Hypotheken . . . . .	9 633,75		
ab) Kommunaldarlehen . . . . .	—,—		
ac) sonstigen Darlehen . . . . .	—,—	9 633,75	
b) im Dezember 1963 fällige Verwaltungskostenbeiträge und Zinsen von			
ba) Hypotheken . . . . .	2 863 726,57		
bb) Kommunaldarlehen . . . . .	79 726,09		
bc) sonstigen Darlehen . . . . .	94 772,53	3 038 225,19	
c) rückständige Verwaltungskostenbeiträge und Zinsen von			
ca) Hypotheken . . . . .	286 138,65		
cb) Kommunaldarlehen . . . . .	7 775,56		
cc) sonstigen Darlehen . . . . .	629,35	294 543,56	3 342 402,50
<b>8. Durchlaufende Kredite . . . . .</b>			217 112 693,99
	Übertrag:		7 218 119 812,38

**Wohnförderungsanstalt  
Nordrhein-Westfalen  
Jahr 1963  
31. Dezember 1963**

Passiva		DM	DM
<b>1. Aufgenommene langfristige Darlehen</b>			
a) Kapitalmarktdarlehen . . . . .		—,—	
b) unverzinsliche Darlehen des Landes Nordrhein-Westfalen . . . . .		533 755 639,26	
c) verzinsliche Darlehen . . . . .		13 162 600,—	546 918 239,26
<b>2. Kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten</b>			
a) Kreditinstitute . . . . .		7 370 507,98	
b) sonstige . . . . .		14 336 030,12	21 706 538,10
<b>3. Einlagen</b>			
a) Sichteinlagen von			
aa) Kreditinstituten . . . . .	—,—	—,—	
ab) sonstigen Einlegern . . . . .	—,—	—,—	
b) befristete Einlagen von			
ba) Kreditinstituten . . . . .	—,—	—,—	
bb) sonstigen Einlegern . . . . .	—,—	—,—	
c) Verbindlichkeiten aus der Anlage von Geld zum Zweck der Hinterlegung . . . . .	—,—	—,—	—,—
<b>4. Zinsen von aufgenommenen langfristigen Darlehen</b>			
a) anteilige Zinsen von aufgenommenen Darlehen . . . . .		34 416,67	
b) fällige Zinsen, einschl. der am 1. Januar 1964 fällig werdenden, von aufgenommenen Darlehen . . . . .		—,—	34 416,67
<b>5. Durchlaufende Kredite</b>			217 112 693,99
<b>6. Grundkapital</b>			100 000 000,—
<b>7. Rücklagen</b>			
a) gesetzliche Rücklagen . . . . .		10 000 000,—	
b) freie Rücklagen . . . . .		28 904 124,37	
c) zweckgebundene Rücklagen . . . . .		2 000 000,—	40 904 124,37
<b>8. Landeswohnungsbauvermögen*</b>			
Bestand am 1. Januar 1963 . . . . .	10 026 585 447,84		
Zugang . . . . .	1 076 420 989,69		
noch nicht übertragenes Landeswohnungsbauvermögen . . . . .	1,—	11 103 006 438,53	
Abgang . . . . .		281 751 716,18	10 821 254 722,35
<b>9. Wertberichtigungen</b>			2 170 000 000,—
<b>10. Rückstellungen</b>			109 779 810,—
<b>11. Sonstige Passiva</b>			92 585,82
<b>12. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			5 020,—
<b>13. Reingewinn</b>			
Gewinn-Vortrag aus dem Vorjahr . . . . .		—,—	
Gewinn 1963 . . . . .		4 050 021,05	4 050 021,05
Übertrag:			14 031 858 171,61

Aktiva		DM	DM
Übertrag:			7 218 119 812,3
<b>9. Beteiligungen</b>			—,—
darunter: an Kreditinstituten	DM —,—		
<b>10. Grundstücke und Gebäude</b>			
a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende		261 666,49	
b) sonstige		—,—	261 666,4
<b>11. Betriebs- und Geschäftsausstattung</b>			
Bestand am 1. Januar 1963	1,—		
Zugang 1963	85 148,04	85 149,04	
Abschreibungen 1963	85 148,04		
Abgang 1963	—,—	85 148,04	1,—
<b>12. Nicht eingezahltes Kapital</b>			—,—
<b>13. Zu übertragendes Landeswohnungsbauvermögen</b>			6 807 890 690,5
<b>14. Sonstige Aktiva</b>			1 630 514,3
<b>15. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			3 955 486,8
<b>16. Reinverlust</b>			
Verlust-Vortrag aus dem Vorjahr		—,—	
Verlust 1963		—,—	—,—
Summe der Aktiva			14 031 858 171,6

**17. In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den Passiv-Positionen 14 und 15 sind enthalten:**

- a) Forderungen an Konzernunternehmen
- b) Forderungen (einschließlich Hypotheken) an Mitglieder des Vorstandes und an andere in § 15 Abs. 1 Nr. 1, 3-6 und Abs. 2 des Gesetzes über das Kreditwesen genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Mitglied des Vorstandes oder Verwaltungsrats des Kreditinstituts Inhaber oder persönlich haftender Gesellschafter ist

73 171,6-



# Gewinn- und für die Zeit vom 1. Januar

Aufwendungen	DM	DM
<b>1. Löhne und Gehälter</b> . . . . .		2 234 990,10
<b>2. Soziale Abgaben und Leistungen</b> einschließlich Beiträgen zur Zusatzver- sorgungs- und zur Pensionskasse . . . . .		330 773,52
<b>3. Abschreibungen und Wertberichtigungen</b>		
a) auf Grundstücke und Gebäude . . . . .	—,—	
b) auf Betriebs- und Geschäftsausstattung . . . . .	85 148,04	
c) auf Kapital- und Zinsforderungen . . . . .	47 000 000,—	
d) auf Wertpapiere . . . . .	479 150,—	47 564 298,04
<b>4. Zinsen von aufgenommenen Darlehen</b>		
a) Zinsen für Verbindlichkeiten des Landes NW . . . . .	21 971 983,87	
b) Zinsen für sonstige Darlehen . . . . .	390 827,33	22 362 811,20
<b>5. Andere Zinsen</b> , soweit sie die Ertragszinsen übersteigen; den Zinsen stehen ähnliche Aufwendungen gleich . . . . .		—,—
<b>6. Rückstellungen</b>		
a) für Pensionsverpflichtungen . . . . .	142 179,—	
b) für Bürgschaftssicherungsrücklage . . . . .	11 074 000,—	
c) für Gewährleistungsrisiken . . . . .	20 000 000,—	31 216 179,—
<b>7. Zuweisung an Rücklagen</b>		
a) an gesetzliche Rücklagen . . . . .	—,—	
b) an freie Rücklagen . . . . .	—,—	
c) an zweckgebundene Rücklagen . . . . .	1 000 000,—	1 000 000,—
<b>8. Beträge von</b>		
a) Wertminderungen . . . . .	—,—	
b) sonstigen Verlusten, zu deren Ausgleich die gesetzliche Rücklage ver- wandt worden ist . . . . .	—,—	—,—
<b>9. Verwaltungskosten an Dritte</b>		
a) an Bewilligungsbehörden . . . . .	7 083 168,07	
b) an sonstige . . . . .	21 483 074,—	28 566 242,07
<b>10. Außerordentliche Aufwendungen</b> . . . . .		79 151,28
<b>11. Alle übrigen Aufwendungen</b> . . . . .		827 108,70
<b>12. Zuschußgewährung an Dritte</b> . . . . .		130 468 619,10
<b>12. a) Verschiedene Zuschüsse zu Lasten des Landesvermögens</b> . . . . .	20 790 540,88	
<b>13. Gewinn des Geschäftsjahres</b> . . . . .		4 050 021,05
(Gewinn-Vortrag DM —,—)		
<b>Summe der Aufwendungen</b>		<b>268 700 194,06</b>

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und sonstigen Unterlagen der Anstalt sowie der erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse haben wesentliche Beanstandungen nicht ergeben.

Düsseldorf, im August 1964

AKTIENGESELLSCHAFT FÜR WIRTSCHAFTSPRÜFUNG  
Deutsche Baurevision

Dr. Wollert  
Wirtschaftsprüfer

Dr. Schneider  
Wirtschaftsprüfer



— Mbl. NW. 1964 S.1794/95.

## Notiz

**Erteilung der vorläufigen konsularischen Zulassung  
an den Generalkonsul der Demokratischen Volks-  
staatlichen Republik Algerien, Herrn Habib Yousfi**

Düsseldorf, den 17. November 1964  
— I 5 427 A — 1 64 —

Die Bundesregierung hat dem zum Generalkonsul der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien in Bonn ernannten Herrn Habib Yousfi am 6. November 1964 die vorläufige Zulassung erteilt.

Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt das Bundesgebiet. Die Anschrift lautet: Bad Godesberg, Rhein-allee 60 (Fernruf 6 44 09).

— MBl. NW. 1964 S. 1800.

## Hinweis

**Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen**

Nr. 22 v. 15. 11. 1964

(Einzelpreis dieser Nummer 0,60 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite		Seite
<b>Personalnachrichten</b> . . . . .	253	6. ZPO § 271 III, § 329 I, § 922 II. — Nimmt der Antragsteller seinen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurück, bevor das Gericht seine Entscheidung zur Zustellung in den Geschäftsgang gegeben hat, so hat das Gericht die Entscheidung zu beseitigen und dafür zu sorgen, daß sie nicht „hinausgeht“. OLG Köln vom 1. Oktober 1964 — 9 W 86 64 . . . . .	257
<b>Rechtsprechung</b>		7. ZPO § 788. — Mit der Hinterlegung des Vollstreckungsüberschusses zugunsten des Schuldners ist die Zwangsvollstreckung beendet und eine Beitreibung von Zwangsvollstreckungskosten gem. § 788 I ZPO nicht mehr möglich. AG Köln vom 24. August 1964 — 81 M 4857 64 . . . . .	258
<b>Zivilrecht</b>		<b>Strafrecht</b>	
1. BGB § 1353; FGG § 45. — Das Vormundschaftsgericht ist nicht befugt, auf Antrag eines Ehegatten anzuordnen, daß der andere, von ihm getrennt lebende Ehegatte eine bestimmte Wohnung als Ehewohnung mit ihm zu beziehen habe. OLG Hamm vom 27. Juli 1964 — 15 W 143 64 . . . . .	254	1. StVO § 16 I und III, § 46 II. — Wer in einem Parkverbot zur Ausführung von Arbeiten in einem nahegelegenen Haus einen Werkstattwagen abstellt, hält auch dann nicht nur zum Be- und Entladen i. S. des § 16 I StVO, wenn er nach und nach Material und Arbeitsgerät aus dem Fahrzeug holt und zurückbringt. OLG Köln vom 21. Juli 1964 — Ss 187 64 . . . . .	258
2. BGB §§ 1906, 1908; FGG §§ 20, 60 I Ziff. 5. — Die Anordnung der vorläufigen Vormundschaft kann mit der sofortigen Beschwerde (oder der sofortigen weiteren Beschwerde) auch dann noch angefochten werden, wenn inzwischen die Entmündigung wirksam ausgesprochen und ein endgültiger Vormund bestellt worden ist. — Zur Frage der Voraussetzungen für die Anordnung einer vorläufigen Vormundschaft nach § 1906 BGB. OLG Hamm vom 22. Juli 1964 — 15 W 168 64 . . . . .	255	2. StVZO § 2; StVG § 21. — Es ist zweifelhaft, ob bei einem Pkw-Fahrer, der mit einem Blutalkoholgehalt von 0,9 Promille bei Dunkelheit fährt, ohne durch seine Fahrweise aufzufallen, bereits ein sogenannter Dreh-nach-Nystagmus von 8 Sekunden Dauer ein beweiskräftiges Anzeichen für seine Fahruntüchtigkeit darstellt. OLG Köln vom 21. August 1964 — Ss 239 64 . . . . .	259
3. StVG § 7; StVO § 1. — Ein Kraftfahrer darf darauf vertrauen, daß im Großstadtverkehr ein in einer Nachbarspur fahrendes Fahrzeug nicht unmittelbar vor ihm in grob verkehrswidriger Weise in seine Fahrspur einschwenkt. OLG Köln vom 28. Juli 1964 — 9 U 83 64 . . . . .	256	3. GG Art. 101 I Satz 2; GVG § 29 II; AO §§ 461 ff. — Beantragt der Steuerpflichtige nach Erlass eines Strafbescheides der Finanzbehörde eine gerichtliche Entscheidung, so ist im Verfahren vor dem Schöffengericht die Zuziehung eines zweiten Amtsrichters zur Hauptverhandlung ausgeschlossen. — Wirkt infolge Anordnung des Vorsitzenden bei der Urteilsfindung gleichwohl ein zweiter Amtsrichter mit, so liegt darin weder ein Verstoß gegen § 338 Nr. 4 StPO noch eine Verletzung des Art. 101 I Satz 2 GG. — Die Mitwir-	
4. ZPO § 91. — Hat eine Partei einen im Ausland wohnenden Zeugen zum Termin vor dem Prozeßgericht gestellt, hat dieses ihn vernommen und seine Aussage als für die Entscheidung erheblich angesehen, so sind die durch die Gestellung des Zeugen entstandenen Kosten von der unterlegenen Partei zu erstatten. OLG Hamm vom 14. Juli 1964 — 14 W 88 64 . . . . .	256		
5. ZPO § 91. — Zu den zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung und Rechtsverteidigung notwendigen Kosten zählen die Auslagen der erstattungsberechtigten Prozeßpartei an Porti und Fernsprechgebühren, auch wenn es sich im Verhältnis zur Höhe des Streitwertes um nur geringfügige Beträge handelt. OLG Düsseldorf vom 23. September 1964 — 10 W 167 64 . . . . .	257		

- kung des zweiten Amtsrichters enthält dagegen einen die Revision begründenden Verfahrensman-  
gel nach § 338 Nr. 1 StPO, der im Berufungsver-  
fahren zur Beachtung der Vorschrift des § 328 II  
StPO nötigt. OLG Düsseldorf vom 13. Mai 1964  
— 2 Ss 98 64 . . . . . 260
4. OrdnungswidrigkG §§ 1, 57; HandwO §§ 1, 4, 7,  
111 I Ziff. 1. — Zum Begriff der „Selbständigkeit“  
bei Fortführung des Betriebes nach dem Tode des  
Handwerkers durch den Schwiegersohn. OLG  
Düsseldorf vom 15. September 1964 — 2 Ws (B)  
90 64 . . . . . 261
5. StGB § 42 m IV; StPO § 111 a. — Bei außer-  
gewöhnlich langer Dauer des Revisionsverfahrens  
kann die Erteilung einer neuen Fahrerlaubnis  
nach § 42 m IV StGB vorzeitig gestattet werden.  
OLG Hamm vom 14. September 1964 — 2 Ws  
350 64 . . . . . 262
6. StGB § 113; PVG § 15. — Gefährdet ein im Hof-  
raum eines Grundstücks lärmender Angetrunke-  
ner die Gesundheit eines herzkranken Grund-  
stücksbewohners, so kann er zu seiner Ausnüt-  
terung in polizeilichen Gewahrsam genommen  
werden. OLG Hamm vom 21. September 1964 —  
4 Ss 1030 64 . . . . . 262
7. StVO § 3 II; StVG § 21. — Ein Gastwirt ist nicht  
berechtigt, am Anfang eines in seinem Eigentum  
stehenden, von ihm für alle Gäste freigegebenen  
Zufahrtsweges ein Verkehrsschild nach Bild 11  
der Anlage zur StVO (Verkehrsverbot für Fahr-  
zeuge aller Art) mit einem entsprechenden Vor-  
behalt-Zusatzschild aufzustellen. OLG Hamm  
vom 21. September 1964 — 4 Ss 694 64 . . . . . 263

#### Kostenrecht

1. GKG § 38 II. — Wird bei Widerspruch gegen  
einen Zahlungsbefehl die Klage nach der Termins-  
bestimmung, aber vor der Verhandlung zur Sache  
zurückgenommen, so ist § 38 II Satz 3 GKG ent-  
sprechend anzuwenden. LG Köln vom 11. August  
1964 — 10 O 24 64 . . . . . 263
2. BRAGebO §§ 99, 110. — Für die Bewilligung einer  
Pauschvergütung für den in einem ehrengericht-  
lichen Verfahren nach § 116 BRAO bestellten  
Pflichtverteidiger ist nicht der Strafsenat, sondern  
der Ehrengerichtshof zuständig. OLG Hamm vom  
27. Juli 1964 — 3 Sbd 5 — 18 64 . . . . . 264

— MBl. NW. 1964 S. 1800.

#### Einzelpreis dieser Nummer 1,40 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

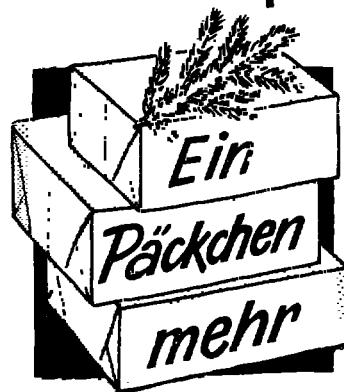
In der Regel sind nur noch die Nummern des laufenden und des vorhergehenden Jahrgangs lieferbar.

Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.

Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf. Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf;  
Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post.  
Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt; geliefert.  
Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 13,45 DM, Ausgabe B 14,65 DM.

**Zum  
Weihnachtsfest**



**nach drüben!**